



Bundespolizeipräsidium

POSTANSCHRIFT Bundespolizeipräsidium
Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam



nur per mail  fragdenstaat.de

POSTANSCHRIFT Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

TEL 

FAX 

BEARBEITET VON Frau Bloch

E-MAIL  polizei.bund.de


INTERNET www.bundespolizei.de

DATUM Potsdam, 6. Juni 2013

AZ 71-10 00 11-0003-13-03

BETREFF **Zugang zu amtlichen Informationen des Bundes**
HIER **Police Equipment and Training for Protest**

Bezug: Ihre Anfrage per mail vom 24. April 2013

Sehr geehrte 


mit Ihrer Anfrage in englischer Sprache an das Bundespolizeipräsidium in Potsdam vom 24. April 2013 haben Sie Aktenauskunft nach § 1 des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (IFG) beantragt. Das Bundespolizeipräsidium hat eine Arbeitsübersetzung anfertigen lassen.

Auf § 23 des Verwaltungsverfahrensgesetzes weise ich für den weiteren Schriftwechsel vor-sorglich hin.

Sie beantragten folgende Auskünfte:

„ Für jede unten aufgelistete Frage bitte ich um Bereitstellung von Informationen und/oder Unterlagen im Hinblick auf Maßnahmen der Polizeikräfte in Protestsituationen. Unter „Pro-test“ verstehen wir Ansammlungen von Menschen (einschließlich Märsche, Demonstrationen, Kundgebungen, etc.) bei welchen das Motiv der Versammlung, üblicherweise an einem öffentlichen Ort, dem Zweck dient, sich selbst für ihre Belange auszudrücken.

1. Welche Gesetzgebung regelt die Verwendung von Ausrüstung, die den Polizeikräften in solchen Protestsituationen zur Verfügung steht?

BANKVERBINDUNG Bundeskasse Trier - Dienstsitz Kiel
Deutsche Bundesbank Filiale Kiel


ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam
Haus 44

VERKEHRSANBINDUNG Straßenbahn Kunersdorfer Straße
Linien 91, 92, 93, 96, 99

2. Welche Art von Ausrüstung darf die Polizei in Protestsituationen verwenden? (z.B. Gummiknüppel, Schutzschilder, Wasserwerfer, Gummigeschosse, etc.)

3. Bitte stellen Sie mir für alle Ausrüstungsgegenstände, die den Polizeikräften in Protestsituationen zur Verfügung stehen und die die Polizeibeamten zusätzlich zur Ausrüstung in anderen Protestsituationen erhalten, Daten zur Verfügung. Diese müssen beinhalten:

a. Die Anzahl an Gegenständen, die sich pro Ausrüstungsart in Besitz der Polizeikräfte befinden

b. Wie oft kamen solche Ausrüstungsarten in den letzten 5 Jahren zum Einsatz?

4. Welche Beratungen und Schulungen im Hinblick auf die Verwendung der Ausrüstung bei Protesten werden von der Polizei angeboten? Schicken Sie uns bitte eine Kopie oder einen direkten Website-Link zu den Beratungsunterlagen im Hinblick auf die Verwendung durch die Polizeikräfte in solchen Situationen.

5. Hat die Polizei bzw. Regierung Bewertungsberichte über die Überwachung von in den letzten fünf Jahren erstellt? Wenn ja, schicken Sie uns bitte eine Kopie der Bewertungsunterlagen oder teilen Sie mir den direkten Online-Link zu diesem mit.“

Sie bitten darum, dass Ihnen die Informationen in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen sind.

I.

Ihre gleichlautende Anfrage an die Direktion Bereitschaftspolizei wird hiermit mitbeantwortet (§ 7 IFG; § 57 Absatz 2 Bundespolizeigesetz).

II.

Zu Ihrer Anfrage teile ich Ihnen mit:

zu Frage 1: Die Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei ist u.a. in dem Gesetz über die Bundespolizei (Bundespolizeigesetz- BPolG) vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978) in der gültigen Fassung geregelt. Für die Anwendung des unmittelbaren Zwangs gilt das Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes (UZwG) vom 10. März 1961 (BGBl. I S. 165) in der jeweils gültigen Fassung geregelt. Auf den in § 4 UZwG geregelten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit weise ich besonders hin.

zu Frage 2: Je nach Einsatzlage legt die Einsatzleitung (Polizeiführer) die entsprechende Ausrüstung fest.

zu Frage 3a:

Im Bekleidungssektor ist der Polizeivollzugsbeamte mit folgender Ausstattung ausgerüstet:

- Einsatzbekleidung (36 Artikel)
- Ausrüstung (für Einsatzzwecke, 5 Artikel)
- Zubehör (4 Artikel).

Die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Bundespolizei führen je nach Einsatzlage unterschiedliche Ausstattungen mit. Die persönliche Ausstattung besteht aus: .

- 1 Dienstpistole mit Holster,
- 1 Einsatzstock mit Holster,
- 1 Reizstoffsprühgerät mit Holster,
- 1 Handfessel mit Holster,
- 1 Taschenlampe mit Holster,
- 1 ballistische Unterziehschutzweste

Bei unfriedlich demonstrativen Aktionen (udA) können weitere Führungs- und Einsatzmittel eingesetzt werden. Dazu können Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Bundespolizei zusätzlich ausgestattet werden mit:

- persönlicher Körperschutzausstattung,
- Schutzschild mit Einsatzstock,
- ballistische Überziehschutzweste

Darüber hinaus können folgende Einsatzmittel bereit gestellt werden:

- Reizstoffsprühgerät (groß) mit Holster,
- Diensthunde,
- Dienstpferde,
- Wasserwerfer,
- geschützte Sonderwagen

zu Frage 3 b: siehe die Beantwortung zu Frage 5

Zu Frage 4: Die Beantwortung der Frage bezieht sich auf die Aus- und Fortbildung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten an zugewiesenen dienstlichen Waffen und anderen Führungs- und Einsatzmittel (Ausrüstungsgegenstände), die Polizeivollzugsbeamte zu Einsatzanlässen mit sich führen:

Hierbei handelt es sich um dienstliche Schusswaffen, Hieb Waffen und Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt.

Die Polizeivollzugsbeamten werden bereits in ihrer Laufbahnausbildung an Waffen sowie Führungs- und Einsatzmitteln der Bundespolizei eingewiesen und ausgebildet. Die Fortbildung wird im Rahmen des Polizeitrainings durchgeführt. Sowohl die Aus- und Fortbildung als auch der Einsatz von Führungs- und Einsatzmitteln erfolgt in allen polizeilichen Situationen ausschließlich nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Hierauf wird im Rahmen jeder Aus- und Fortbildung explizit hingewiesen. Das Gesetz über den unmittelbaren Zwang (UZwG) schreibt eine Reihenfolge der zum Einsatz kommenden Zwangsmittel (Zwangsmittelkette) vor.

Die Aus- und Fortbildung an den o.g. Einsatzmitteln stellt sich wie folgt dar:

Dienstliche Schusswaffe:

Jeder Polizeivollzugsbeamte wird mit einer persönlichen Schusswaffe ausgerüstet. Voraussetzung für die Trageberechtigung ist eine grundlegende Ausbildung und der erfolgreiche Abschluss verschiedener Kontrollübungen. Die Qualifizierung wird mit regelmäßiger Fortbildung aufrecht gehalten.

Einsatzmehrzweckstock (EMS):

Der EMS ist eine Hiebwaaffe, mit der ausschließlich Polizeivollzugsbeamte der Einsatzeinheiten ausgestattet sind. Voraussetzung für eine Trageberechtigung ist der erfolgreiche Abschluss eines Grundlehrganges. Die Qualifizierung wird mittels regelmäßiger Fortbildung (mindestens 1x monatlich) aufrecht gehalten.

Einsatzstock kurz/ausziehbar (EKA):

Der EKA ist eine in der Bundespolizei eingeführte Hiebwaaffe für alle Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte. Die Einweisung in die Voraussetzungen, Handhabung und Einsatzmöglichkeiten des EKA erfolgt in der Ausbildung. Die regelmäßige Fortbildung wird in den Dienststellen der Bundespolizei gewährleistet.

Reizstoffsprühgerät (RSG):

Das RSG wird an alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ausgegeben. Die Einweisung in die Voraussetzungen und Handhabung erfolgt in der Ausbildung. Teil der Einweisung und der regelmäßigen Fortbildung sind Maßnahmen der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zur Ersten Hilfe nach erfolgtem Einsatz des RSG.

Ein direkter Website-link steht nicht zur Verfügung.

Zu Frage 5: Im Sinne der Fragestellung werden durch die Bundespolizei keine statistischen Daten erhoben bzw. Berichte erstellt. Insofern liegen keine Informationen im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes vor.

Gebühren werden für diese Auskunftserteilung nicht erhoben. Hinsichtlich weitergehender Auskünfte verweise ich vorsorglich auf § 10 Absatz 1 Informationsfreiheitsgesetzes in Verbindung mit der Verordnung über die Gebühren und Auslagen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (Informationsgebührenverordnung-IFGGebV) zur darin geregelten Kostenpflicht.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Bundespolizeipräsidium, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Bloch

Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist im Entwurf unterzeichnet